

## SHOT NEWS

## Kein Meilenstein für die Klimapolitik

Vom 31. Mai bis zum 11. Juni tagte in Bonn die erste große UN-Klimazwischenkonferenz nach dem Gipfel in Kopenhagen. Hauptziel der Gespräche, so UN-Klimachef de Boer, sei gewesen, das gegenseitige Misstrauen zu entschärfen. Große Annäherungen waren nicht festzustellen, aber die Gespräche verliefen ohne diplomatischen Eklat und zeigen somit vorsichtig den Weg in Richtung einer Einigung. Diese wird weiterhin frühestens 2011 und nicht beim Gipfel in Cancún, im Dezember 2010, erwartet. Welches Schicksal das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll und den Copenhagen Accord erwartet, bleibt ungewiss. Bei den Zusagen für Emissionsminderungsziele hat sich auch wenig bewegt, weshalb die Industriestaaten ihr selbst gestecktes Ziel einer maximalen Erderwärmung um zwei Grad Celsius immer noch um das Doppelte verfehlen. Ein konkretes Resultat gab es dennoch: Die EU stellt den Entwicklungsländern für den Klimaschutz und die Anpassung an negative Folgen des Klimawandels eine finanzielle Soforthilfe von 2,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Scharfe Kritik gab es aus den Reihen der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, da das Geld zu einem Drittel als Kredit vergeben wird und nicht garantiert sei, dass es sich um zusätzliche Mittel zum bestehenden Entwicklungshilfe-Etat handelt.

## Jahr null für Bibliotheken

Nachdem die Vereinigung der öffentlichen Bibliotheken ULBP noch vor einem Jahr sehr streng mit der Kulturministerin und dem von ihr initiierten Gesetzesprojekt 6026 zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für kommunale und regionale Bibliotheken umging, haben die Wogen sich etwas geglättet. Immerhin nahm die Ministerin an der diesjährigen Hauptversammlung des Dachverbandes teil. In der Tat war das ursprüngliche Gesetzesvorhaben in nicht unwesentlichem Maße im parlamentarischen Prozess umgeschrieben worden, so dass viele der Bedenken der Bibliotheksbetreiber ausgeräumt werden konnten. Für den ULBP-Präsidenten Claude Adam schreibt man nunmehr das Jahr null des Luxemburger Bibliothekswesens. Schafft es die Ministerin nämlich wie versprochen, in den kommenden Wochen die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes zu erlassen, dann dürften ab dem nächsten Jahr die erhofften Gelder fließen. Einzig verbleibender Streitpunkt: Die Verpflichtung der Bibliotheken, sich an das nationale „Aleph“-Bibliothekennetz anzuschließen, bereitet vor allem kleineren Bibliotheken Bauchschmerzen. Die als wenig benutzerfreundlich bewertete Software setzt umfangreiche Aus- und Fortbildungskurse voraus. Die ULBP wünscht sich deshalb eine „Light“-Version, doch die dürfte zum Jahr eins noch nicht zur Verfügung stehen.

## Etudiant-e-s: Des aides et des abus

Le ministre de l'enseignement supérieur François Biltgen (CSV) a dévoilé cette semaine sa réforme des subsides accordés aux étudiant-e-s. Quatre critères régissent l'octroi de cette aide : terminer un cycle d'études dans les délais avec une tolérance d'une année supplémentaire, être inscrit dans un établissement supérieur reconnu par l'autorité compétente du pays, poursuivre un cycle d'études reconnu et être de résident au Luxembourg depuis au moins cinq ans. Quant au bonus pour enfants, celui-ci sera directement versé aux étudiant-e-s et non plus aux familles, ce qui prive les frontaliers d'une aide familiale. C'est le revers de la médaille d'un principe plutôt positif : l'étudiant-e est considéré-e comme un adulte à part entière et non plus comme un enfant à charge de ses parents. Ainsi, le montant du prêt et de la bourse sera calculé en fonction des revenus de l'étudiant-e et non plus des parents. Par contre, le gouvernement reste arc-bouté sur sa hantise des abus potentiels. D'où la clause de résidence, afin d'éviter qu'un-e étudiant-e « de Varsovie » vienne « profiter d'un système d'aide plus performant ». Par contre, Biltgen promet qu'il y aura des solutions pour des étudiant-e-s issu-e-s de pays tiers, notamment d'Afrique.

## AKTUEL

## ENERGIEPOLITIK

## Biofool

Pia Ooppel

## Luxemburgs Aktionsplan für erneuerbare Energien baut auf den Einsatz der umstrittenen Biokraftstoffe.

Während ihrer gemeinsamen Pressekonzferenz am 9. Juni fiel es den Vertretern von Greenpeace, Mouvement Ecologique und Eurosolar sichtbar schwer, ihre Contenance nicht zu verlieren. „Mir hun ët déck sëtzen“, eröffnete Paul Polfer vom Mouvement das Briefing. Ursache der geladenen Stimmung ist der „Aktionsplan für Erneuerbare Energien“, den die Regierung am 20. Juni bei der Europäischen Kommission einreichen soll. Und von dem halten die drei Organisationen wenig, wie Henri Kox, Eurosolar-Vorsitzender, klarmachte: „Es hat keinen Wert, so einen Wisch nach Brüssel zu schicken.“

Erstellt wird der Aktionsplan im Rahmen einer Richtlinie des Energie- und Klimapakets, auch „EU 20-20-20“ genannt. Ziel der Maßnahmen ist es, die gesamteuropäischen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern und den Anteil erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz um den gleichen Prozentsatz zu steigern – im EU-Durchschnitt. Und weil Länder wie Dänemark sich ambitionierte Ziele von 30 Prozent erneuerbare Energien (EE) stecken, brauchte Luxemburg sich nur auf 11 Prozent zu verpflichten. Schließlich ist hier die Ausgangslage schwierig: Im Stromsektor erreichte Luxemburg 2009 einen Anteil von 4,3 Prozent EE, was nur 1,2 Prozent des Gesamtenergiebedarfs ausmacht. Im europäischen Vergleich rangiert Luxemburg damit auf dem viertletzten Platz, gerade noch vor Malta, Zypern und – immerhin – Großbritannien.

Trotzdem möchte das Wirtschaftsministerium im Aktionsplan ankündigen, dass das 11 Prozent-Ziel, weil eigene Infrastrukturen zu teuer wären, nur durch den Import von grünem Strom erreicht werden kann. „Das stimmt nicht“, wenden die drei NGOs ein, „die 11 Prozent sind durchaus zu schaffen, wenn es in Luxemburg eine integrierte Klimaschutz- und Energiestrategie gäbe und die Politik sich endlich dazu durchringen würde, die Herausforderung ernsthaft anzugehen.“

Aus der Perspektive der NGOs scheitert das an mangelnder energiepolitischer Kohärenz. Unsinnig sei es

beispielsweise, wenn der Plan vom federführenden Wirtschaftsministerium nach Brüssel geschickt würde, bevor der vom Nachhaltigkeitsministerium einberufene „Klimapakt“ mit Vertretern der Gemeinden, der Arbeitnehmer, der Wirtschaft und der Umweltorganisationen stattgefunden hat. Diese werden sich am 14. Juni zum ersten Mal treffen, um ihre Gesprächsagenda für die Verhandlungen im Herbst festzulegen. Schon jetzt steht fest, dass es auch eine Arbeitsgruppe zu Energiefragen geben wird, die sicherlich zu dem Aktionsplan einiges zu sagen hat.

Die NGOs fordern daher, dass das Wirtschaftsministerium in Brüssel um eine Verlängerung der Frist ersucht und erst im Winter einen – dann hoffentlich konsistenten – Aktionsplan einreicht. Falls das nicht passiert, hoffen sie, dass die Kommission die Vorschläge als unzureichend ablehnt.

Inhaltlich haben die NGOs an Luxemburgs EE-Strategie vor allem die Rolle des Tanktourismus kritisiert, der 2005 fast die Hälfte des Endenergieverbrauchs ausmachte und eigentlich erstes Opfer jeder Energiestrategie sein müsse. Eine LuxRes-Studie habe gezeigt, dass der Abschied vom Treibstoffexport die Energiebilanz wesentlich aufbessern würde: Ohne ein weiteres Windrad zu bauen, hätte Luxemburg sein „Erneuerbare Energien-Ziel“ schon zur Hälfte erfüllt.

Statt dies zu tun, plane die Regierung jetzt jedoch, den Transportsektor auf perverse Weise zur Aufpolierung der EE-Bilanz zu nutzen. Die EE-Richtlinie gibt ein Teilziel für den Transportsektor vor: Hier müssen die Erneuerbaren 10 Prozent des Energiebedarfs abdecken, und zwar durch die Umstellung auf Elektromobilität – was so kurzfristig kaum möglich scheint – sowie durch die Beimischung von Kraftstoffen aus Biomasse (meist Ölpflanzen, wie Raps, oder Zuckerrüben). Diese Art der Erzeugung ist umstritten, weil der Anbau der Pflanzen mit dem für Lebensmittel konkurriert, die Rodung von Regenwäldern beschleunigt und häufig negative soziale Auswirkungen hat. Auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz dieser Kraftstoffe ist keineswegs neutral. Die NGOs nennen sie deshalb auch Agro- und nicht Biokraftstoffe. „Bio ist ein positiv besetzter Begriff, der vertuscht, wie unnachhaltig diese Kraftstoffe sind“, erklärte Paul Polfer.

Für Luxemburg ist die EU-Vorgabe von Vorteil, denn wenn aus den Zapfsäulen zu 10 Prozent Agrokraftstoffe fließen, hat das Großherzogtum sein EE-Ziel bereits zur Hälfte erfüllt. „Missbrauch“, echauffieren sich die NGOs, „je mehr Benzin und Diesel, mit Agrokraftstoffen vermischt, in Luxemburg verkauft wird, umso einfacher können wir unser 11 Prozent-Ziel erreichen.“ Eventuell könnte das aber ein strategischer Fehler sein, warnt Martina Holbach von Greenpeace. Wegen der suboptimalen Umweltbilanz hat die Kommission nämlich eine Revision der „biofuel“-Direktive bis 2014 in Aussicht gestellt. Die Biokraftstoffe könnten aus dem EE-Ziel eventuell wieder ausgeklammert werden, wenn der Widerstand aufgrund ihrer fortdauernd schlechten Umwelt- und Sozialverträglichkeit wächst. Besser wäre es also, direkt die Finger von der unnachhaltigen Energiequelle zu lassen.

Diesem Szenario versucht die Kommission bereits vorzubeugen. Energiekommissar Günther Oettinger stellte am 10. Juni in Brüssel ein Zer-

tifizierungssystem vor, das die Einhaltung strenger Nachhaltigkeitskriterien mit einem Logo belohnen soll. Das Vorhaben hat jedoch mehrere Haken: Die Zertifizierung kann nicht ausschließen, dass die erhöhte Nachfrage für Agrokraftstoffe, welche nicht auf bisher landwirtschaftlich ungenutzten Flächen angebaut werden dürfen, die Bauern dazu zwingt, für den Anbau von Lebensmitteln auf eben diese Flächen – also beispielsweise Regenwälder – auszuweichen. Oettinger wusste dem mit unüberhörbaren schwäbischen Akzent zu entgegnen, dass man das nie sicher verhindern könne, denn „wer Missbrauch ausschließen will, muss ‚biofool‘ ausschließen.“ Ein zweiter Haken: Die Zertifizierung soll freiwillig sein. Die Kommission vertraue „auf die Macht des Verbrauchers“, der sicherlich an der Zapfsäule den – teureren? – Treibstoff mit Nachhaltigkeits-Edelprädi- kat wählen und der Zertifizierung dazu verhelfen werde, zum Standard zu werden.

De Mouvement Ecologique asbl an den OekoZenter Lëtzebuerg asbl sichen en(g)

## COORDINATEUR/TRICE - RESPONSABEL FIR PROJETEN (m/f)

### PROFIL

- Interessi a Virkenntnisser wat ekologesch/gesellschaftspolitesch Themen a Froe vun der nohalteger Entwecklung ubelaangt
- Interessi sech an enger Net-Regierungsorganisatioun ze engagéieren
- Kompetenz fir Projeten ze koordinéieren
- Interessi un Ëffentlechkeetsaarbecht
- Offenen Ëmgang mat Leit, Teamfähegkeet a Flexibilitéit
- Facilitéit fir redaktionell Aarbechten
- Kenntnisser vum Lëtzebuergeschen, Däitschen a Franséschen

### AARBECHTSGEBITT

- Aarbechtzäit vun 32-40 Stonne/Woch
- Organisatoresch an inhaltlech Begleedung beim Ausschaffe vu fachleche Positiounen vum Mouvement Ecologique
- Mathëllef bei der Entwécklung vu Projeten
- Géranche vu Projeten a Bildungsaktivitéiten am Kader vum OekoZenter Lëtzebuerg
- Begleedung vun Aarbechtsgruppen a regionalen Aktivitéiten

### QUALIFIKATIOUN

- Première, Bac+2 oder Universitätsdiplom

### MIR BIDDEN

- eng interessant an ofwiesslungsräich Aarbecht an enger flotter Equipe
- d'Méiglechkeet seng Virstellungen anzubringen an eegeresponsabel ze schaffen

Bewerbunge sinn eranzereche bis den 2. Juli 2010 un:  
Mouvement Ecologique /  
OekoZenter Lëtzebuerg  
4, rue Vauban, L-2663 Luxembourg  
Fir weider Informatiounen : Tel. 439030-1



## AVIS

### Ministère du Développement durable et des Infrastructures Administration des bâtiments publics Division de la gestion du patrimoine

#### Avis d'adjudication

Ouverture de la soumission : **jeudi 01 juillet 2010 à 10:00 heures**, Administration des bâtiments publics, 10, rue du St-Esprit à L 1475 Luxembourg

#### Centre pénitentiaire du Luxembourg à Schrassig

Objet : **travaux de construction métallique - filet sur passage**

Envergure : 15.000 kg d'acier galvanisé  
100 m² de maille métallique en métal déployé  
200 m² de grillage métallique en acier inox  
10 m² de toiture sèche sur bacs d'acier  
0-8 m³ de béton armé pour les fondations  
en plus, quelques travaux de surface comme dépose et pose de pavés

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

Nombre minimal des références pour des ouvrages analogues et de même nature : 3 références

Début/Durée prévisible :  
La durée des travaux est de 60 jours ouvrables à débiter pour septembre 2010.

Les intéressés sont tenus d'introduire leur candidature écrite au minimum 24 heures avant de retirer le dossier de soumission à

L'Administration des bâtiments publics  
« Soumissions »  
Boîte postale 112  
L-2011 Luxembourg  
Télécopieur : 46 19 555

Les plans, cahiers des charges et bordereaux de soumission sont à la disposition des candidats à l'adresse de l'administration à partir du jeudi 10 juin 2010 au jeudi 24 juin 2010.

Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de construction métallique - filet sur passage à exécuter dans l'intérêt du Centre pénitentiaire à Schrassig » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et

à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

Luxembourg, le 01 juin 2010.  
Le ministre du Développement durable et des Infrastructures  
Claude Wiseler

### 65ème session de l'Assemblée générale des Nations unies

#### Postes vacants

Le Ministère des Affaires étrangères et de l'Immigration recrute des chargé(e)s de mission en vue des travaux de la 65ème session de l'Assemblée générale des Nations Unies. Les candidat(e)s retenu(e)s seront affecté(e)s, pour une durée de quatre mois - du 1er septembre au 31 décembre 2010 - à la Représentation Permanente du Grand-Duché de Luxembourg auprès des Nations Unies à New York.

Sont recherché(e)s des candidat(e)s qui disposent :

- d'une bonne connaissance des affaires politiques internationales, des politiques de l'Union européenne et des activités de l'Organisation des Nations Unies ;
- d'une bonne capacité de compréhension, d'expression et de rédaction en français et en anglais ;
- d'un sens de responsabilité et d'adaptation rapide à des situations complexes.

Les candidat(e)s doivent être titulaires d'un diplôme (enregistré ou homologué par le Ministère de l'Enseignement supérieur) sanctionnant un cycle complet de quatre années en droit, sciences politiques, économiques ou humaines, et être de nationalité luxembourgeoise.

Les personnes intéressées sont priées d'envoyer jusqu'au 18 juin 2010 au plus tard, une lettre de motivation accompagnée d'un CV détaillé, d'une copie du diplôme de fin d'études secondaires et du diplôme universitaire homologué, ainsi qu'une photographie au Ministère des Affaires étrangères et de l'Immigration, 5, rue Notre-Dame, L-2240 Luxembourg, c/o M. Olivier Baldauff.

Une première sélection sera effectuée sur base des dossiers reçus.

Communiqué par le Ministère des Affaires étrangères et de l'Immigration